

Innenpolitik/Grüne/Familie/Musiol/FLAF/Mitterlehner

Musiol fordert: Familienpolitische Leistungen völlig neu denken

Utl.: Grüne für mehr Sachleistungen und weniger Geldzuschüsse

Wien (OTS) - Anlässlich der heutigen Präsentation zu Struktur und Zukunft des Familienlastenausgleichsfonds (FLAF) verweist die Grüne Familiensprecherin, Daniela Musiol, darauf, dass die Grünen seit langem mehr Transparenz und entsprechende Maßnahmen zur Verbesserung des FLAF fordern. "Sowohl der Rechnungshof als auch das **IHS** bestätigten, dass die derzeitigen Leistungen des FLAF dringend evaluiert werden müssen", betont Musiol. Bereits der Rechnungshof kritisierte in seinem Bericht (Bund 2011/6), dass der FLAF unübersichtlich ist und die Abstimmung zwischen den Gebietskörperschaften fehlt. "Es sind mehrere Ressorts und Länder gleichzeitig zuständig. Wie soll hier eine akkordierte Zielausrichtung überhaupt möglich sein? Wir brauchen aber klare Zielformulierungen, wenn es darum geht, die Förderstrukturen offen zu legen und eine ernsthafte Reform herbeizuführen", sagt Daniela Musiol.

Nach Angaben der Caritas sind eine Viertel Million Kinder und Jugendliche bis 20 Jahre in Österreich armutsgefährdet. Jedes zweite dieser 264.000 Kinder ist sogar manifest arm. 2010 wurden insgesamt 3,4 Milliarden Euro für Familienbeihilfen ausgegeben. "Die Höhe der Familienbeihilfe wurde aber seit dem Jahr 2000 nicht mehr an die Teuerung angepasst. Angesichts der ständig steigenden Kosten für das tägliche Leben muss die Regierung eine jährliche Valorisierung der Familienbeihilfe einführen", fordert Musiol.

ExpertInnen und Grüne fordern bereits seit Langem eine Umstellung der familienpolitischen Leistungen von Geld- zu Sachleistungen: In Österreich dominiert der Anteil der Geldleistungen gegenüber den Ausgaben für Sachleistungen, etwa für Kinderbetreuungseinrichtungen. "Studien, wie jene der OECD, machen darauf aufmerksam, dass vor allem jene Länder mit Kinder- und Jugendarmut gut fertig werden, die besonders in Sachleistungen investieren", sagt Musiol und fordert die Regierung auf, hier ebenso wie bei der Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten umzudenken.

Der Unabhängige Finanzsenat hat kürzlich auf die Qualifizierungsproblematik bei der Absetzbarkeit der Kinderbetreuungskosten hingewiesen. "Diese Entscheidung des UFS zeigt ganz klar, dass die Familienpolitik der Regierung kurzfristig ist. Die Regierung muss endlich anstatt Steuerzuckerln zu verteilen nachhaltige, familienpolitische Perspektiven entwickeln, von denen alle Eltern profitieren können und nicht nur die, die Lohnsteuer zahlen", fordert Musiol. Die Grüne Familiensprecherin macht darauf aufmerksam, dass alle Eltern in erster Linie Sachleistungen wie qualitativ hochwertige Kindergärten, Nachmittagsbetreuungsplätze und Freizeitangebote brauchen.

Rückfragehinweis:

Die Grünen

Tel.: +43-1 40110-6697

<mailto:presse@gruene.at>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/100/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0185 2011-11-07/14:01

071401 Nov 11

© Copyright APA OTS GmbH und der jeweilige Aussender.

Die Inhalte dienen ausschließlich zur redaktionellen Verwendung und zur individuellen Information des Nutzers. Eine unveränderte Verwendung der Texte, Bilder, Grafiken, Audios und Videos auf einer nicht durch APA OTS autorisierten Homepage ist ebenso wie eine Speicherung in Datenbanken oder eine sonstige Weitergabe an Dritte nicht gestattet. Ebenso sind Direktlinks auf Meldungsaufrufe untersagt. Für den Fall, dass Sie die Inhalte weitergeben, speichern oder gewerblich nutzen möchten, wenden Sie sich bitte an: Tel.++43-1/36060-5300 oder an info@ots.at